

---

# Geschichte, Grundlagen und Praxis jüdischer Wohlfahrtsarbeit in Deutschland

Aron Schuster, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden, Frankfurt

## Geschichte, Grundlagen und Praxis jüdischer Wohlfahrtsarbeit in Deutschland

Um Ihnen ein anschauliches Bild von der Entwicklung jüdischer Wohlfahrtsarbeit in Deutschland – und damit auch der ZWST – zu geben, möchte ich unser Leitbild „Zedaka“ voranstellen und vorstellen. Der hebräische Begriff Zedaka bedeutete ursprünglich ausschließlich Gerechtigkeit (Zedek: Recht) und steht heute für das Verständnis von Wohltätigkeit. Dieses ist im Judentum kein freiwilliger Akt, sondern eine der wichtigsten religiösen Pflichten, eine „Mitzwa“ (hebr.). Sie beinhaltet einerseits eine sozialetische Handlungsanweisung, und steht andererseits für soziale Gerechtigkeit. Wohltätig zu sein heißt, Hilfe nicht nur in Form von Almosen zu leisten, sondern im Sinne einer ausgleichenden Rechtsordnung. Jüdische Sozialarbeit wurzelt in der Jahrtausend alten Sozialethik des Judentums und hat sich auf der Basis dieser religionsgesetzlich verankerten Wohltätigkeit entwickelt.

Wie Sie im Folgenden sehen werden, haben sich die Aufgaben der ZWST seit Beginn ihrer Gründung im Jahr 1917 sehr gewandelt. Doch die „Zedaka“ (hebr.), die religiöse Grundlage jüdischer Sozialarbeit, ist weiterhin die Basis ihres Handelns. Das Erscheinungsbild der „alten“ ZWST vor dem Krieg und der „neuen“ ZWST nach ihrer Neugründung 1951 unterscheidet sich sehr voneinander, doch das Verbindende ist der Rückgriff auf die „Zedaka“. Dieses Leitbild wurde entsprechend der jeweiligen historischen Epoche immer wieder neu „gefüllt“. Die Geschichte der jüdischen Wohlfahrtspflege ist vor allem im 20. Jh. eine diskontinuierliche Geschichte, geprägt von tiefen Einschnitten und Brüchen.

Nach einem kurzen Exkurs zur Situation der jüdischen Wohlfahrtspflege vor der Gründung der ZWST im Jahr 1917, werde ich die Entwicklung in der Weimarer Republik beschreiben, die Entwicklung ab 1933 skizzieren und dann die Zeit nach 1945 bis 1989. Die letzten 25 Jahre markieren mit der Zuwanderung aus den Ländern der ehemaligen SU wieder einen tiefgreifenden Wendepunkt, hier werde ich versuchen deutlich zu machen, was Zedaka heute bedeutet, was heute unsere Aufgaben und Ziele sind.

## Situation der jüdischen Wohlfahrtspflege vor Gründung der ZWST

An dieser Stelle zunächst zurück zu der Situation im 18. und 19. Jahrhundert, um das Erfordernis einer „Vernetzung“, wie man heute sagen würde, zu verdeutlichen: Bis ins 18. Jahrhundert hinein oblag die Organisation der Wohlfahrt den einzelnen jüdischen Gemeinden, die mit Hilfe von Spenden und einem Teil der Steuereinnahmen notleidende Mitglieder unterstützten, für den Lebensunterhalt armer Talmudstudenten und Gelehrter sorgten, die Ausstattung armer und verwaister Bräute und Wöchnerinnen stellten sowie die Fürsorge bedürftiger Kranker (hebr.: Bikkur Cholim) übernahmen. Diese „Bikkur Cholim“-Gruppen waren bis zum Holocaust selbstverständlicher Bestandteil jeder jüdischen Gemeinde. In unseren Fortbildungen zur Förderung des Ehrenamtes unterstützen wir heute den Aufbau und die Arbeit der Bikkur Cholim in den jüdischen Gemeinden, hier gibt es ein hohes Interesse bei den älteren Gemeindemitgliedern, aber auch bei der jungen Generation.

In dem Maße, in dem die sogenannte Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert ihnen den Zugang zu den bisher verschlossenen Berufen ebnete und eine Säkularisierung eintrat, änderte sich die Struktur der jüdischen Wohlfahrtspflege. Die durch die industrielle Revolution veränderten

---

Produktionsbedingungen schufen zwar eine breitere jüdische Mittelschicht, führten jedoch gleichzeitig zur Verelendung jüdischer Proletarier. Es entstand ein weitverzweigtes Netz einer arbeitsteilig organisierten Fürsorge, die von wohlhabenden, großbürgerlichen Kreisen gestiftet und getragen wurde.

Zu den Armen- Obdachlosen- und Waisenhäusern des 18. Jh. kamen im 19. Jh. Einrichtungen der Gesundheits-, Alten- und Jugendfürsorge, 1890 entstanden die ersten Mütter- und Säuglingsheime. Zu Beginn des 20. Jh. war die jüdische Wohlfahrtspflege geprägt von einer außerordentlichen Vielfalt: 3010 Wohlfahrtsvereine existierten im Jahr 1909 in 1014 jüdischen Gemeinden. (Vergleich zu heute!) Die jüdische Bevölkerung in Deutschland umfasste rund 600.000 Personen.

Diese Zersplitterung sozialer Aktivitäten in jüdischen Gemeinden, Vereinen und Stiftungen und die Unüberschaubarkeit privater Wohltätigkeit entsprach nicht mehr den Erfordernissen vor dem ersten Weltkrieg und erst recht nicht danach. Die Geschichte wiederholt sich: Wie auch in späteren Jahren waren die Anforderungen an die jüdische Wohlfahrtspflege zu dieser Zeit geprägt durch Zuwanderung aus dem Osten. Das Attentat auf den Zaren Alexander II im Jahr 1881 löste Pogrome in Russland und Südosteuropa aus, viele Juden wanderten nach Amerika aus, das Deutsche Reich sollte nur eine Durchgangsstation sein. Aber die Einwanderungsbedingungen der USA bewirkten, dass viele Flüchtlinge in Deutschland blieben: 1925 waren es 107.000 Ostjuden. Der 1. Weltkrieg unterbrach die Zuwanderung nur unwesentlich, zumal jüdische Zwangsarbeiter aus Polen für die Rüstungsindustrie im Deutschen Reich geholt wurden. Diese Wanderungsbewegung veränderte erheblich die Mitgliederstruktur der jüdischen Gemeinden, vor allem in Berlin. 50 Jahre Ost-West-Wanderung hatten hier neue Zentren jüdischen Lebens entstehen lassen. Da hier der größte Zuzug zu verzeichnen war, wurden auch hier die ersten zentralen Hilfemaßnahmen organisiert, z.B. das „Arbeiterfürsorgeamt“, seit 1920 in Berlin, eine Mischung aus Arbeitsnachweis, Berufsberatung und Fürsorge für jüdische Flüchtlinge aus dem Osten. Schon hier waren Veränderungen in der jüdischen Wohlfahrt erkennbar, es ging nicht mehr nur um Fürsorge, sondern es ging um Maßnahmen mit aktiver Beteiligung der Betroffenen, die vielzitierte Hilfe zur Selbsthilfe.

## Gründung der ZWST 1917

In Berlin war seit ihrer Gründung am 09. September 1917 auch die ZWST ansässig. Den äußeren Anstoß zur Bündelung der vielfältigen privaten Aktivitäten und sozialer Gemeindeprogramme gab Bertha Pappenheim. In der jüdischen Presse erschien im Sommer 1917 ihr Aufruf „Wehe dem, dessen Gewissen schläft“, der darauf abzielte, der Zersplitterung der hoch entwickelten jüdischen Wohlfahrtspflege ein Ende zu machen und die Ressourcen der vorhandenen Einrichtungen zu bündeln. Bertha Pappenheim kann als die Gründungsfigur der ZWST betrachtet werden, daher hier kurz zu ihrer Person: 1859 in Wien als „höhere Tochter“ geboren, übernahm Bertha Pappenheim 1895 in Frankfurt/Main die Leitung eines Waisenhauses für jüdische Mädchen. Sie gehörte 1904 zu den Begründerinnen des jüdischen Frauenbundes, dem Dachverband aller jüdischen Frauenvereine mit 50.000 Mitgliedern Ende der 20er Jahre, und war bis 1924 seine Vorsitzende. 1907 gründete der Frauenbund ein Heim für „gefallene Mädchen“ und ihre Kinder, was Bertha Pappenheim bis zu ihrem Tode 1936 leitete. Unter anderem setzte sie sich für die Selbstständigkeit und Berufsausbildung armer Frauen ein, um sie vor Abhängigkeitsverhältnissen zu bewahren. An ihr verdienstvolles Engagement für die weibliche Emanzipation in jüdischen Zusammenhängen erinnert seit 1996 eine Gedenk- und Begegnungsstätte in Neu Isenburg.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Ihre wichtige Rolle in der Psychoanalyse: Bei der Pflege ihres kranken Vaters war Bertha Pappenheim um 1880 selbst von einer Krankheit befallen worden, die als „Hysterie“ diagnostiziert wurde. 1895 beschrieben Sigmund Freud und Josef Breuer ihren Fall; als „Anna O.“ erlangte Pappenheim so Weltberühmtheit als „Beispiel-Hysterikerin“ und verhalf Breuer und Freud zur Begründung ihrer Thesen zur Psychoanalyse. Vollkommen geheilt war sie erst mit 29 Jahren.

---

Zurück zur Entstehung der ZWST im Jahr 1917 und der Einbettung in den historischen Kontext: Nach dem 1. Weltkrieg kam es zu einer Ausweitung der staatlichen und kommunalen Wohlfahrtspflege, in der Weimarer Republik wurde mit einer neuen Sozialgesetzgebung die Grundlage für den Wohlfahrtsstaat geschaffen. Jüdische Hilfsorganisationen konnten ihre finanzielle Unterstützung reduzieren und sich auf die Hilfen konzentrieren, die von öffentlichen Stellen nicht wahrgenommen wurden. Die Umorientierung der staatlichen Sozialpolitik auf die Förderung zentraler Spitzenverbände wie der ZWST minderte die Bedeutung privater Initiativen und Vereine und in vielen Gemeinden stießen die Reformen auf Widerstand. Aus ihrer Perspektive gehörten Gemeindepolitik und soziale Hilfen zusammen, auch im Rahmen der religionsgesetzlich vorgeschriebenen Solidargemeinschaft von Arm und Reich – hier sind wir wieder bei unserem Leitbild, der „Zedaka“.

Doch die ZWST konnte sich als Dachverband durchsetzen, indem sie die dringend benötigten staatlichen und internationalen Hilfen an die Gemeinden weiterleitete. Abgesehen von der allgemeinen Tendenz zur Zentralisierung war eine zentrale Finanzierung in den Jahren der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise ein ökonomisches Erfordernis. Internationale Hilfsorganisationen wie das „American Joint Distribution Committee“ (Joint) spendeten über die ZWST als zentrale Organisation an die notleidende jüdische Bevölkerung, auch Hilfen der Reichsregierung an verschiedene jüdische Einrichtungen liefen über die ZWST. Auch erhielt sie Unterstützung von zionistischer Seite, also Persönlichkeiten, die die Zukunft des jüdischen Volkes im damaligen Palästina verwirklichen wollten. Hier verschmolzen soziale und nationale Elemente, die viele junge Zionisten dazu brachten, als Sozialarbeiter bei der ZWST und in jüdischen Gemeinden zu arbeiten, um die Existenz der Juden nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern auch als Volk in der Diaspora zu sichern.

In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg baute der Verband seine Organisation aus, Regionalverbände entstanden, in verschiedenen Großstädten wurden Hilfsfonds gegründet, die Spenden rekrutierten. Zur Veranschaulichung ein paar Zahlen: 1919 waren 71 jüdische Gemeinden, 1927 200 Gemeinden direkte Mitglieder der ZWST, andere Gemeinden über ihre Landesorganisationen, ähnlich wie heute, nur in ganz anderen quantitativen Dimensionen. 1927 gab es in rund 70 Gemeinden örtliche Zentralen für jüdische Wohlfahrtspflege, die die Sozialarbeit der Gemeinden mit den Vereinen und Einrichtungen vor Ort koordinieren sollten und auch auf regionaler Ebene zusammengefasst wurden. Friedrich Ollendorff, seit Gründung Vorstandsmitglied und späterer Geschäftsführer (nach Jacob Segall als erster GF) initiierte in den Jahren 1924-26 „Arbeitsgemeinschaften“. Hier kooperierten Vertreter der ZWST und Vereine der privaten jüdischen Wohlfahrtspflege, mit dem Ziel, gemeinsame Ressourcen sinnvoll einzusetzen bei gleichzeitiger Beibehaltung der jeweiligen Autonomie. Gleichzeitig wurde der innere Aufbau des Verbandes ausgeweitet und verschiedene Dezernate eingerichtet. 1924 initiierte die ZWST den Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände, ein Gremium für Jugendpflege. Durch die Mitarbeit in diesem Gremium sind Jugendleiter verschiedenster Verbände motiviert worden, sich haupt- oder ehrenamtlich im Bereich der Jugendsozialarbeit zu engagieren.

Die Stabilisierung des Verbandes fiel mit der Zeit der ökonomischen Stabilisierung des Deutschen Reiches zusammen, die ZWST hatte sich während der Inflation als zentraler Hilfsfonds für jüdische Gemeinden bewährt.

---

1926 entstand die „Deutsche Liga für Freie Wohlfahrtspflege“, in der alle Wohlfahrtsverbände zusammengefasst waren, eine Wende für die jüdische Wohlfahrtspflege. 2 In Kooperation mit anderen Verbänden hatte sie so mehr Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Sozialpolitik.

1932, gegen Ende der Weimarer Republik, gab es ein umfangreiches Netzwerk jüdischer, sozialer Einrichtungen, mit der Situation heute nicht zu vergleichen. Hier nur ein kleines Beispiel: Es gab 32 Altenheime, heute haben wir 11 jüdische Einrichtungen für Senioren in Deutschland. Allerdings gab es damals eine Diskrepanz zwischen Angebot und Bedarf, da diese Vielfalt jüdischer Einrichtungen unter anderen historischen Umständen entstanden war. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, Massenarmut und Existenzängste bedingten veränderte Hilfeformen. Es gab mehr Altersheime als Einrichtungen der institutionellen Jugendfürsorge, die angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit aber viel stärker gefragt waren. In jüdischen Krankenhäusern blieben die Betten z.T. leer, da der Staat, die Kommunen und Stiftungen für den gleichen Personenkreis auch Kapazitäten hatten, jüdische Waisenhäuser waren nicht ausgelastet, da die Anzahl der Waisen aufgrund des medizinischen Fortschrittes zurückgegangen war. Dies erwähne ich hier, um die Diskrepanz zur heutigen Infrastruktur der jüdischen Wohlfahrt zu verdeutlichen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Obdachlosigkeit schloss sich 1930 die für obdachlose Juden tätige „Hauptstelle für Jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise“ mit der ZWST zusammen (Sitz in Berlin, Kantstr.).<sup>3</sup> Die Zeitschriften der beiden Organisationen wurden vereinigt und erschienen unter dem Namen „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“, was auch den sozialpolitischen Charakter der Hilfen für diese Zielgruppe unterstrich. Eine Infrastruktur entstand: Arbeitsstätten, sog. „Durchwandererfürsorgestellen“ und Hilfsvereine. Die modernste Einrichtung war das „Landwerk Neuendorf“ bei Berlin für obdachlose Juden, hier konnten sie wohnen und arbeiten, bis ihre Verhältnisse geklärt werden konnten. 4

Die Erweiterung des Titels der seit 1929 als „Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege“ erscheinenden Verbandszeitschrift um den Begriff „Sozialpolitik“ symbolisiert die Modernisierung der jüdischen Wohlfahrtspflege. 5 Es ging nicht mehr nur um reine Mildtätigkeit, sondern auch um konstruktive Hilfen, z.B. auf dem Gebiet der Berufsförderung. Der Begriff „Sozialpolitik“ wurde ein Indikator für den nationalen Charakter der jüdischen Gemeinschaft, eine Tendenz, die vorrangig von zionistischen Sozialarbeitern vertreten wurde, hinsichtlich des Aufbaus im damaligen Palästina. Wie an anderer Stelle schon angedeutet, kündigte sich auch hier ein neues Verständnis der „Zedaka“ an, als Hilfe zur Selbsthilfe, heute ein Grundverständnis der sozialen Arbeit überhaupt.

---

2 Eine Art Vorläufer der heutigen BAGFW

3 Identisch mit dem o.a. Arbeiterfürsorgeamt (S.2)

4 Diese Einrichtung wurde unter den Nazis eine der wichtigsten Ausbildungs- und Umschichtungsstellen für landwirtschaftliche Berufe (hier evtl. genauer, als Hilfe, um z.B. in das damalige Palästina auswandern zu können?), 1940 von den Nazis geschlossen.

5 Von 1922-1928 gab es zwei Fach-Periodika (u.a. „Zedakah“), die 1929 zur „Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege“ zusammengefügt wurden.

## Zerschlagung der jüdischen Infrastruktur im Wohlfahrtsbereich ab 1933

Die Zeit ab 1933 will ich hier nur kurz darstellen, es ist allgemein bekannt, welches Unheil über die jüdische Bevölkerung durch die Machtergreifung der Nazis hereinbrach. Was bedeutete „Zedaka“ in dieser Zeit? Was konnte die jüdische Wohlfahrtspflege unter den zunehmend erschwerten Bedingungen noch leisten? Hier einige Beispiele:

- Auswanderungshilfen durch den „Hilfsverein der Deutschen Juden“ für verarmte Juden, die sich die Emigration sonst nicht leisten konnten, was natürlich nicht ausreichte, um im Ausland eine Existenz zu gründen. Das „Palästina-Amt“ (Außenstelle der Jewish Agency) half Leuten, die nach Israel auswandern wollten. Dies waren vor allem jüngere Leute, sie wussten zu dieser Zeit noch nicht, dass ihnen die Alijah (Einwanderung nach Palästina) ihr Leben rettete.
- Hilfsfonds für jüdische Kinder, die keine deutschen Schulen mehr besuchen durften, ihr Besuch einer jüdischen Schule musste organisiert werden (Internate, Pflegefamilien, Transporte)
- Jüdische Winterhilfe: Ab 1935 wurden jüdische Beitragszahler und Empfänger aus dem „Winterhilfswerk des deutschen Volkes“ ausgegliedert, ein eigenes Winterhilfswerk wurde gegründet

Die durch das Berufsbeamtengesetz entlassenen Sozialexperten jüdischen Glaubens wurden bei der ZWST dringend für diese neuen Aufgaben benötigt. 1933 wurden die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe und der Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau geschaffen. Mit Hilfe des „Joint“ und aller jüdischen Organisationen in Deutschland war dieser Zentralausschuss der finanzielle Stützpfiler aller sozialen Aktivitäten.

Die Zentralisierung jüdischer Organisationen wurde dann unter dem Druck des Naziregimes unumgängliche Notwendigkeit. Im Herbst 1933 entstand eine zentrale politische Repräsentanz: die „Reichsvertretung der deutschen Juden“. 1934 wurde - im Interesse einer Stärkung dieser Repräsentanz - die ZWST mit allen ihr verbundenen, oben genannten Ausschüssen und den Auswanderungsorganisationen der Reichsvertretung der deutschen Juden angeschlossen. 1939 wurde diese Repräsentanz durch die Nazis zwangsaufgelöst - die durch die NS-Machthaber ins Leben gerufene Zwangsorganisation „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ trat an ihre Stelle. Die ZWST hatte aufgehört zu existieren. Eine Abteilung „Fürsorge“ der Reichsvereinigung blieb noch so lange bestehen, wie diese Zwangsorganisation bestand. 1943 wurde auch sie zerschlagen. Einige Mitarbeiter versuchten, unter Verzicht auf ihre eigene Rettung, den in Deutschland eingekesselten Juden bis zu ihrer eigenen Deportation beizustehen. Viele von ihnen wurden in den Konzentrationslagern ermordet. <sup>6</sup>

## „Gepackte Koffer“, Situation ab 1945

1945 erwartete niemand, dass es in Deutschland jemals wieder eine jüdische Gemeinschaft geben würde. Doch schlossen sich 1945 in fast allen größeren Städten Deutschlands „Leute der ersten Stunde“ zusammen, um die unmittelbare Not der Überlebenden, der Untergetauchten, der Flüchtlinge aus dem Osten zu lindern. So entstanden Keimzellen jüdischen Lebens, organisiert von den wenigen jüdischen Überlebenden. Die Zahl der deutschen Juden zu dieser Zeit wird auf 15.000 geschätzt. Insgesamt befanden sich zu dieser Zeit etwa 200.000 Juden in Deutschland, 90 % davon sog. „Displaced Persons“, die im Krieg aus Osteuropa verschleppt waren und im Land der Täter gestrandet waren. Nach der Staatsgründung Israels und der Lockerung der

---

<sup>6</sup> Zu dieser Zeit war Leo Baeck (1873-1956) eine der führenden Persönlichkeiten, er war von 1926-1939 Vorsitzender der ZWST und Präsident der Reichsvertretung.



Einwanderungsbestimmungen in anderen Ländern vollzog sich eine Massenabwanderung der DP's zwischen 1948 und 1950. Doch ein Teil blieb in Deutschland, sie bekamen aus gesundheitlichen Gründen keine Einreisevisa, waren zu alt oder auch psychisch zermürbt, um nach den Jahren der Verfolgung und Entwurzelung weiterzuziehen. Bis in die 70er Jahre bildeten sie die größte Gruppe der Hilfesuchenden bei den jüdischen Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik. Die DP's gründeten mit Unterstützung des amerikanischen „Joint“ Hilfskomitees in den 3 West-Besatzungszonen, zunächst getrennt von den neugegründeten jüdischen Gemeinden, da man nicht vorhatte, in Deutschland zu bleiben. Doch bereits 1946 gab es die ersten Vereinigungen der Komitees mit jüdischen Gemeinden.

Diese Aufbauarbeit wäre ohne humanitäre Hilfe ausländischer jüdischer Organisationen kaum möglich gewesen, einen großen Anteil hatte der „Joint“, der als erster Wohlfahrtsverband 1945 in Berlin, Frankfurt und München seine Geschäftsstellen eröffnete.

Dieser Neubeginn war nur eine Miniatur dessen, was jüdisches Gemeindeleben vorher war: 1949 gab es 21.645 Gemeindemitglieder, das waren früher die Mitgliederzahlen größerer Gemeinden wie Frankfurt oder Breslau. (S. 48, Zitat Simonsohn)

### Neugründung der ZWST, das erste Jahrzehnt

Die ersten chaotischen Jahre nach Kriegsende waren mehr oder weniger von improvisierter Hilfeleistung gekennzeichnet, es ging um die Linderung unmittelbarer Nöte. Nach der Währungsreform 1948 und einer relativen Stabilisierung herrschte darüber hinaus ein hoher Informationsbedarf: welche Rechte habe ich als „DP“, welche Ansprüche auf Entschädigung, wie kann ich mich in den Besatzungszonen bewegen.... Auch die tiefer sitzenden psychischen Auswirkungen wurden deutlich, über die man nicht zu sprechen wagte, solange es am Nötigsten fehlte. All das überstieg die Kapazität der Helfer der „ersten Stunde“ und der Ruf nach zentraler Repräsentanz wurde lauter. 1946 und 1947 hatte es in den Besatzungszonen erste Zusammenschlüsse örtlicher Gemeinden gegeben, die Vorläufer der späteren Landesverbände. 1950 wurde aus der Mitte der regionalen Landesverbände und örtlichen Gemeinden der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ mit Sitz in Düsseldorf gegründet, die zentrale politische Instanz der jüdischen Gemeinschaft in der damaligen Bundesrepublik und Westberlin. Dies schuf die Voraussetzung für die Neugründung der ZWST, von der Mitgliederversammlung des Zentralrates im August 1951 beschlossen (Rechtsform als e. V. 1952). Mit Sitz in Hamburg war die ZWST mit ihrem ersten Leiter, Berthold Simonsohn, der Auschwitz und Theresienstadt überlebt hatte, zunächst ein „Ein-Mannbetrieb“. Zu der Zeit gab es noch kein Wiedergutmachungsrecht auf Bundesebene, Simonsohn hat im Vorfeld der Gesetzgebung Entscheidendes zu den sozialen Aspekten des Wiedergutmachungsrechtes beigetragen. 1953 wurde ein Sozialreferat eingerichtet, welches erste Kontakte zur „Basis“, den jüdischen Gemeinden knüpfte.

Was waren die Aufgaben der jüdischen Wohlfahrtspflege in den 50er Jahren? Was bedeutete Zedaka zu dieser Zeit? Die Gemeinden setzten sich aus Überlebenden, untergetauchten deutschen Juden, DP's und Rückwanderern zusammen. Was waren ihre Bedürfnisse und Probleme? Rechtliche Ansprüche auf Entschädigung, Bedürfnis nach medizinischer Hilfe, Existenzsicherung, psychische Probleme resultierend aus Flucht und Entwurzelung - der neue Verband war gefordert. Der einzige Sozialarbeiter der Hamburger Geschäftsstelle konnte den Sozialarbeiter vor Ort in der Gemeinde nicht ersetzen. In den Gemeinden gab es zu der Zeit kaum soziales Fachpersonal, aber Menschen „der ersten Stunde“, die Aufbauarbeit geleistet hatten. Eine zentrale Aufgabe war daher die Schulung der Helfer vor Ort. <sup>7</sup> Dazu kamen später regionale und zentrale Seminare sowie interdisziplinäre

---

<sup>7</sup> „In-Service-Trainingsprogramm“: örtliche Schulung der Helfer „am Fall“, daraus wurde später ein Supervisionsprogramm

---

Fachtagungen. Ab 1959 gab es eine reguläre Ausbildung jüdischer Sozialarbeiter am sozialpädagogischen Institut der AWO in Berlin.<sup>8</sup>

*Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs:* Wie sich zeigt, gab es trotz vieler Brüche und Diskontinuitäten in der Geschichte der jüdischen Wohlfahrt immer eine Art „roten Faden“, gekennzeichnet von integrativen Aufgaben. Zwischen den Weltkriegen, nach Kriegsende und auch heute waren und sind unsere Zielgruppen immer Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Heimat verlassen mussten. „Zedaka“ bedeutete immer wieder: sozial-integrative Arbeit und Hilfe für Flüchtlinge, Menschen mit Migrationshintergrund. Vieles wiederholt sich: So wie wir in den 50er Jahren engagierte Menschen für dringende soziale Aufgaben geschult haben, ist Fortbildung auch heute eines unserer zentralen Aufgabengebiete. Nach Mauerfall und der Zuwanderung aus der ehemaligen SU ging es wieder darum, engagierte Leute, deren hochqualifizierte Abschlüsse hier bis heute nicht anerkannt werden, für die Arbeit in den Gemeinden zu schulen, deren Mitgliederzahlen sich in 10 Jahren verdreifacht hatten. Doch zu diesem historischen Einschnitt und der Entwicklung in den letzten 25 Jahren gleich mehr.

Nach der Neugründung der ZWST stand auch die finanzielle Unterstützung von Familien und Einzelpersonen im Fokus: Beihilfen der ZWST als Ergänzung zu den öffentlichen Leistungen an Personen mit einem verfolgungsbedingten Mehrbedarf. Diese Beihilfen der ZWST gelangten über die Sozialabteilungen in den Gemeinden zur Auszahlung. Finanziert wurde das über den amerikanischen „Joint“ und später über die Jewish Claims Conference. Mitte der 50er Jahre wurde die individuelle Wiedergutmachung, das Bundesentschädigungsgesetz vom Bundestag verabschiedet. Doch viele der Anspruchsberechtigten hatten nichts mehr von diesen Zahlungen, erst in den 60er Jahren brachten die Wiedergutmachungszahlungen eine Senkung der Aufwendungen der ZWST mit sich.

Auch heute unterstützt die ZWST die Gemeinden bei der Antragsstellung bei der JCC zur Unterstützung von bedürftigen Shoah-Überlebenden und informiert über aktuelle Entschädigungsprogramme.

Als eine Art „nationale Agentur“ bearbeitet sie die Anträge, leitet sie an die JCC in New York weiter, nach Bewilligung werden die Gelder über die ZWST an die Gemeinden überwiesen.

Weitere Aufgaben zu der Zeit:

- Beihilfen an die Gemeinden für sog. Durchwanderer, die Nachkriegssituation hatte viele Menschen obdachlos gemacht, v.a. jüdische Flüchtlinge wollten nicht in die „Lager“ der DP's und gingen auf Wanderschaft.
- Flucht aus der SBZ, ausgelöst durch eine Hetzkampagne gegen jüdische Ärzte in der SU, kurz vor Stalins Tod. Die Eingliederung dieser Ostzonenflüchtlinge war eine Art „Generalprobe“ für die personell unterbesetzte und in Integrationsfragen noch unerfahrene ZWST für spätere Flüchtlingswellen.

Die ZWST war mehr als andere Wohlfahrtsverbände auf den persönlichen Kontakt mit ihren Mitgliedsverbänden angewiesen. 1955 zog die Geschäftsstelle nach Frankfurt, da Hamburg geographisch zu sehr an der Peripherie lag. In Frankfurt gab es eine größere jüdische Gemeinde, die Räumlichkeiten im „Philanthropin“ zur Verfügung stellte, auch andere jüdische Organisationen hatten hier ihren Sitz.<sup>9</sup> Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte hier seine Bundeszentrale. Seit 1984 haben wir unsere Hauptgeschäftsstelle in der Hebelstr., unsere heutige Adresse.

---

<sup>8</sup> Vermittelt durch Eleonore Lipschitz, von 1964-1970 AWO-Vorsitzende, ihr Mann war der spätere Innensenator Joachim Lipschitz, der mit einem jüdischen Vater unter vielfältigen Diskriminierungen zu leiden hatte, sie hatte ihn als Deserteur versteckt

<sup>9</sup> Hier hatte die Höhere Schule der Israelit. Gemeinde in Frankfurt ihren Sitz, seit 2004 wieder Sitz der jüdischen Lichtigfeldschule der JG Frankfurt (6 Stufen)

---

Zu der Zeit löste sich das letzte DP-Lager im bayrischen Föhrenwald auf. Die Integration der Insassen in München, Frankfurt, Düsseldorf und Köln nahm die Geschäftsstelle in Frankfurt voll in Anspruch. 1955 war das Büro in Frankfurt kein Minibetrieb mehr: Zweigstellen wurden gegründet in München und Berlin, ein Jugendreferat und eine Abteilung für Spenden und Wohlfahrtsmarken wurden eingerichtet. Gegen Ende der 50er Jahre waren 60 Mitarbeiter bei der ZWST beschäftigt. Mitte der 60er Jahre endete die Finanzierung über Mittel der JCC, die zur allgemeinen Stabilisierung der jüdischen Gemeinden und zur fachlichen Stärkung der Sozial- und Jugendarbeit in den Gemeinden beigetragen hatte. Mit der Konsolidierung der Gemeinden zog sich die ZWST aus der direkten Arbeit vor Ort zurück und der Mitarbeiterstab verkleinerte sich wieder. Der Wegfall der JCC-Mittel wurde durch Beiträge der Landesverbände und Gemeinden zum Sozialbudget der ZWST ausgeglichen (nach einem bestimmten Schlüssel je nach Gemeindegröße, so auch heute). Diese Veränderungen vollzogen sich unter der Leitung von Max Willner, von 1960 bis 1979 war er Geschäftsführer der ZWST.<sup>10</sup>

*Lassen Sie mich kurz auf eine Initiative näher eingehen, die die ZWST 1955 ins Leben rief und die nicht gerade typisch ist für einen sozialen Spitzenverband: Darlehenskassen auf Genossenschaftsbasis, vom „Joint“ mit Startkapital ausgestattet. Sie richtete sich an Menschen ohne Qualifikation, Sozialhilfeempfänger, die aufgrund von physischen oder psychischen Verfolgungsschäden auch an Fortbildungen oder Umschulungen scheiterten, aber bereit waren, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Eine nicht geringe Anzahl krisenfester Kleinunternehmen verdankte dieser Starthilfe in den 50er Jahren ihren Erfolg, hier haben wir das Beispiel des Krawattenhändlers mit einem Stand auf dem Markt, der später ein Ladengeschäft für Herrenartikel erwarb. Um 1960 herum gab es in 5 Großstädten florierende Darlehnskassen mit nur unwesentlichen Rückflusseinbußen. Ein wenig erinnert das an die heutigen sogenannten „Start-up-Unternehmen“, wenn auch die Hilfen von staatlicher Seite kommen.*

Vor dem Hintergrund der spezifischen Situation der jungen Generation zu dieser Zeit wurde 1955 das Jugendreferat bei der ZWST gegründet: Bei der jüdischen Nachkriegsjugend gab es Identifikationsprobleme (Konflikt zwischen jüdischem Elternhaus und nicht-jüdischer Umwelt, Fremdheitsgefühl bei Rückwandererkindern), die zu Lernproblemen und psychosomatischen Störungen führten. Im Jugendreferat arbeitete (bis heute) ein Jugendreferent und für kurze Zeit auch ein Jugendfürsorgereferent. In Frankfurt und Berlin wurden Erziehungsberatungsstellen eingerichtet, in anderen Großstädten gab es andere Formen der psychologischen Beratung in Erziehungsfragen. In Zusammenarbeit mit Jugendleitern, Erziehern, Sozialarbeitern wurden jugendfürsorgerische Maßnahmen gebündelt. Mit Entstehung der Jugendzentren in den 60er Jahren in den Großstädten konnte die Jugendhilfe direkt bei den Gemeinden verankert werden.

Schon zu dieser Zeit war es der ZWST ein Anliegen, mit ihren Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit jüdische Identität emotional und intellektuell erfahrbar zu machen. Ab 1956 organisierte das Jugendreferat Ferienfreizeiten, an denen nach anfänglicher Zurückhaltung jährlich bis 800 Jugendliche teilnahmen. Die Ziele dieser Freizeiten gingen über den Erholungseffekt und den Erlebniswert hinaus, sie sollten dazu beitragen, die Identitätsprobleme aufzuarbeiten. Hier waren gut geschulte Jugendleiter erforderlich: Das erste Jugendleiterseminar fand 1955 in Reichelsheim im Odenwald statt und setzte Maßstäbe für zukünftige Fortbildungen.<sup>11</sup>

Die emotionale Nachvollziehbarkeit dessen, was Judentum bedeuten kann und die Stärkung jüdischer Identität ist auch heute noch ein wichtiges Anliegen unserer Jugendarbeit. Auch heute handelt es sich bei der Zielgruppe mehrheitlich um junge Menschen mit Migrationshintergrund, wenn auch mit

---

<sup>10</sup> Namensgeber der Freizeit- und Bildungsstätte in Bad Sobernheim

<sup>11</sup> Leiter: Harry Maor, erster Jugendreferent der ZWST



anderer Sozialisation in der ehemaligen SU oder auch schon in Deutschland, falls sie im Kindesalter mit ihren Eltern zugewandert sind.

Zur Chronik der 50er Jahre gehört auch der Zusammenschluss der 6 Wohlfahrtsverbände in der „Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland“, ab 1962 BAGFW. Der Schwerpunkt der ZWST lag zu dieser Zeit auf dem Gebiet des Sozialrechts, die Mitwirkung im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren war von hoher Bedeutung. Vor allem im Vertriebenenrecht und im Lastenausgleich konnte die ZWST Einfluss nehmen und dazu beitragen, die Situation von jüdischen Heimatvertriebenen zu verbessern.

### **Bilanz des ersten Jahrzehnts**

Entgegen allen Erwartungen war in Deutschland wieder eine jüdische Gemeinschaft entstanden. Die neue ZWST hatte zwar alles verloren, was die alte ZWST an Ressourcen besaß, aber der Neubeginn barg auch die Chance, aus Erfahrungen und Fehlern zu lernen. (*Problem der z.T. nicht ausgelasteten Einrichtungen vor dem Krieg*)

Wie heute, gab es aufgrund der Überalterung in den Gemeinden im Bereich der Seniorenarbeit einen hohen Handlungsbedarf. Die Vielfalt der Einrichtungen der ZWST existierte nicht mehr, für neue fehlte das Geld. Aus der Not heraus entstand schon zu dieser Zeit das Konzept der offenen Altenhilfe als Alternative zum Bau neuer zentraler Senioren- und Pflegeeinrichtungen. Wie man auch heute versucht, dem älteren Menschen ein Leben so lange wie möglich in seinen gewohnten 4 Wänden zu ermöglichen, gab man in den 50er Jahren ambulanter Hilfe den Vorrang. Gleichzeitig entstanden neue Einrichtungen, alte wurden modernisiert. Mit finanziellen Hilfen der JCC und danach des Kuratoriums der Deutschen Altershilfe (KDA) konnte die ZWST hier Einfluss auf die Modernisierung nehmen. Interessant ist auch, dass man schon zu dieser Zeit von „Casework“ sprach: Die Schulung der Sozialhelfer in den Gemeinden verankerte eine Praxis der Sozialarbeit, die vom alten „Fürsorgeprinzip“ wegwollte. Es sollte darum gehen, die Ressourcen des Menschen zu aktivieren und sein Selbstvertrauen zu stärken, was nur funktionieren kann, wenn der Betreffende aktiv mitarbeitet. Diese Art der „vertieften Einzelfallhilfe“ mit einer neuen Haltung zum Klienten war zu der Zeit noch Neuland in Deutschland. Die ZWST konnte ihre Schulungen diesbezüglich durchführen, weil sie vom „Joint“ mit Theorie und Praxis des „Casework“ frühzeitig vertraut gemacht wurde. So konnte sie von neuen Erkenntnissen jüdischer Wohlfahrtsorganisationen profitieren, die diese fern vom Krieg in den USA gewonnen und praktiziert hatten.<sup>12</sup>

### **1961-1980, neue Flüchtlingswellen**

Durch Entschädigungsrenten und Kapitalentschädigungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) verbesserte sich in den 60er Jahren die materielle Situation von Verfolgten des NS-Regimes, die vorher nur Unterstützung durch die jüdischen Gemeinden erhalten hatten. Doch diese Situation wurde durch neue Flüchtlingswellen überlagert: Die Juden wurden wieder Sündenböcke für politische und wirtschaftliche Krisen in Ungarn (Revolution 1956), Polen, der damaligen CSSR (Einmarsch des Warschauer Paktes 1968), später in der SU. In die BRD kamen seit 1956 bis zu Beginn der 80er Jahre rund 8000 jüdische Zuwanderer aus Osteuropa und dem Iran nach dem Sturz des Schahregimes. Amerika war nicht mehr das einzige Ziel, sondern auch Israel und West-Europa. Wie in den Jahren nach Mauerfall bildete die Integrationsarbeit schon zu dieser Zeit einen neuen Schwerpunkt. Zu den Aufgaben der ZWST gehörten finanzielle Hilfen (Starthilfen,

---

<sup>12</sup> Fachzeitschrift von 1956-1965: Jüdische Sozialarbeit, Mitteilungsblatt, wirkte eher „im Stillen“ und trug nicht zur öffentlichen Diskussion im Bereich der Sozialarbeit bei

Flüchtlingsdarlehen) und noch wichtiger: Betreuung in den Flüchtlingsunterkünften, da die zuständigen Stellen (Bundesamt in Zirndorf, Aufnahmestellen in Friedland u. Nürnberg u.v.a.) keine Ahnung von der spezifisch jüdischen Zuwandererproblematik hatten. Das bedeutete einen mobilen Einsatz der ZWST für die rechtlichen Belange der Zuwanderer bei den zuständigen Behörden und für die angemessene Betreuung in den Flüchtlingsunterkünften. Darüber hinaus half die ZWST bei der Bereitstellung von Wohnraum für Flüchtlingsfamilien („Lager“-Problematik) und das Sozialbudget stellte finanzielle Hilfen für integrative Aufgaben zur Verfügung. Die Eingliederung eines Drittels der Gesamtmitgliedschaft der jüdischen Gemeinden war eine Bewährungsprobe für die ZWST. Wie heute, trugen die Flüchtlinge dazu bei, dass so manche Kleingemeinde bestehen blieb. Kindergärten, Jugendzentren und Schulen in manchen größeren Gemeinden hätten ohne die neuen Mitglieder schließen müssen.

Die Mitarbeit der ZWST in der BAGFW (Ausschüsse für Ausländische Flüchtlinge und Aussiedler) bot Gelegenheit zu gemeinsamen Initiativen der BAGFW gegen Ressentiments, Ausländerfeindlichkeit und restriktiver Anwendung des Asylrechtes.

Die demographische Entwicklung in den jüdischen Gemeinden entwickelte sich anders als erwartet. In den 50er Jahren waren die Gemeinden überaltert, schon hier herrschte die Sorge um die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft. Doch die Zuwanderung aus dem Osten sowie Rückwanderung aus Israel und aus Übersee bewirkte zunächst eine Senkung des Durchschnittsalters. Eine wichtige Aufgabe der ZWST war in den 60er Jahren die offene Jugendhilfe, da die Integration der jungen Generation schwieriger war als die der Eltern. Die ZWST unterstützte die Verklammerung von Jugendarbeit und Jugendhilfe in den Jugendzentren der jüdischen Gemeinden. Das Konzept der integrierten Kinder-, Jugend- und Familienhilfe beinhaltete, dass die Jugendzentren, Kindergärten und Schulen dazu angehalten wurden, in Rücksprache mit den Eltern, Kindern mit psychischen Problemen an geeignete Beratungsstellen zu vermitteln. Eine Alternative zum Kinderheim bot das Albert-Schweizer-Kinderdorf bei Waldenburg, ein Haus wurde der ZWST übertragen. Es handelte sich um eine familienähnliche Unterkunft für 10 Kinder mit Hauseltern aus Israel. Diese Einrichtung hatte später ihren Sitz in der Schweiz: Das „Wartheim“ war ein Haus des jüdischen Frauenvereins in Zürich, ein „heilpädagogisches“ Musterheim mit familiärem Charakter, in dem nie mehr als 18 Kinder lebten:

Weitere Aufgabenfelder zur dieser Zeit:

- Berufs- und Studienförderung: Ausbildungsbeihilfen für Zuwanderer (z.B. hatten Asylbewerber keinen Anspruch auf öffentliche Leistungen nach dem Arbeitsförderungs- oder Ausbildungsförderungsgesetz)
- Zunahme psychischer Probleme nach der Abmilderung existentieller und materieller Nöte: Langzeitwirkung der NS-Verfolgung, Entwurzelung (am schlimmsten waren die DP's betroffen, die keine Heimat mehr hatten), daraus resultierten: Fremdheitsgefühl, Ängste, Selbstisolierung. Die ZWST initiierte in den großen Gemeinden das Konzept der „Psychiatrischen Teams“, die sich aus psychologisch geschulten Ärzten, Psychologen und Sozialarbeitern zusammensetzten, sie boten wöchentliche Sprechstunden, Hausbesuche, Hilfestellung für die Sozialarbeiter in den Gemeinden

- Behindertenarbeit: Vor dem Krieg hatte die ZWST spezifische Einrichtungen für Menschen mit Behinderung – nach dem Krieg musste die ZWST auch hier bei Null anfangen. Aufgrund des Mangels an Ressourcen konnten die Betroffenen nur innerhalb ihres Milieus und ihrer Familie betreut werden, soweit das möglich war. Die Behindertenarbeit der ZWST verzichtete daher auf die Isolation und Absonderung in besonderen Einrichtungen. Schon zu dieser Zeit funktionierte das, was wir heute „Inklusion“ nennen (in Kindergärten, Jugendzentren, Seniorenklubs und –heimen, Betreuung und Begleitung von Ehrenamtlichen). Die Behindertenarbeit wurde eingebettet in ein System der offenen Hilfen: Ein Familienberater als Ansprechpartner und Vermittler in der Sozialabteilung der Gemeinde war das Kernstück dieses Systems.
- Vor allem die ältere Generation war von den oben geschilderten psychischen Problemen betroffen. Über die soziale Betreuung hinaus war daher die Förderung von Kontakt und Austausch wichtig. Die ZWST gab Impulse zu der bundesweiten Einrichtung von Seniorenklubs in den jüdischen Gemeinden, die den älteren Menschen die Möglichkeit gaben, ihre Isolation zu durchbrechen. In großen Gemeinden wie Düsseldorf, Köln und Hamburg entstanden in den 60er Jahren Klubs, die Vorbilder waren für ein Netz weiterer Klubs, gefördert von der ZWST durch Seminare und regionale 1-tägige Treffen der älteren Generation. Bis heute organisiert die ZWST Schulungen für ehrenamtliche Multiplikatoren in den Seniorenklubs. Dazu kamen Israelreisen (vor allem bei osteuropäischen Flüchtlingen zur der Zeit beliebt) und Erholungsaufenthalte in Bad Sobernheim und Wembach, gefördert vom KDA und dem Deutschen Hilfswerk. In den 80er Jahren organisierte die ZWST jährlich 2 Gruppenreisen nach Israel und 4 Erholungsaufenthalte im Max-Willner-Heim.
- Die Einrichtungen der ZWST zu dieser Zeit waren: das „Henriette-Szold-Heim“ in Wembach (südl. Schwarzwald), 1956 als Altbau erworben, vorwiegend Kinder- und Jugenderholungsheim, auch internat. Jugendleiterseminare und z.T. Erholung für die ältere Generation. Das „Max-Willner-Heim“ in Bad Sobernheim (heute zentrale Bildungs- und Freizeitstätte der ZWST), in der 50er Jahren von der SG Köln erworben. „Markenzeichen“ der jüdischen Jugendarbeit (Fortbildungen und Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche)

---

## Die letzten 25 Jahre - ZWST heute (1989-2015)

Wie bereits deutlich wurde, ist die Historie der jüdischen Wohlfahrtspflege von Diskontinuitäten und Brüchen gekennzeichnet. Unsere Aufgaben und unser Leitbild „Zedaka“ musste entsprechend veränderten Bedürfnissen immer wieder neu definiert werden.

Das Ende des Kalten Krieges und der Mauerfall 1989 bedeutete auch für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland aufgrund der Zuwanderung aus Ländern der ehemaligen SU (vor allem aus den Metropolen in Russland und der Ukraine) eine einschneidende Veränderung. Zum Hintergrund dieses größten Zuwanderungsstromes seit Kriegsende einige Anmerkungen:

In der ehemaligen SU wurde jüdisches Leben und Religionsausübung unterdrückt. Ein Schabbat oder jüdischer Feiertag konnte, wenn überhaupt, nur heimlich zu Hause begangen werden, einen Bezug zur jüdischen Religion hatten vereinzelt die älteren Menschen. Wie man allgemein weiß, war der Atheismus die „Staatsreligion“ in der ehemaligen SU. Eine indirekte Diskriminierung war gängig, die jüdische Bevölkerung bekam nur Zugang zu bestimmten Positionen. Heute sind viele Sozialarbeiter bei der ZWST oder in den jüdischen Gemeinden tätig, die in ihrem früheren Leben in der SU z.B. als Ingenieure, Ärzte oder Lehrer gearbeitet haben. Diese Diskriminierung weitete sich aus zu öffentlichen Anfeindungen und Angst vor Pogromen nach der Perestroika Ende der 80er bzw. Anfang der 90er Jahre. Deutschland wiederum hatte eine historische Verantwortung und sah sich in der Pflicht. Helmut Kohl und die MPs sagten knapp, aber sehr klar: Wenn Juden in der SU verfolgt werden, wirkliche Ängste ausstehen müssen, wird Deutschland seine Türen für sie nicht verschlossen halten. Es ist das Verdienst dieser Menschen, dass wir heute wieder eine nennenswerte Zahl jüdischer Menschen in Deutschland haben. Es wurde die sogenannte Kontingentflüchtlingsregelung genutzt, die es Juden aus Russland, der Ukraine und anderen Ländern der ehemaligen SU ermöglichte, unter vereinfachten Bedingungen nach Deutschland einzureisen.

Dieser Zustrom übertraf die früheren Auswanderungsbewegungen quantitativ bei weitem und hat die jüdische Gemeinschaft in Deutschland einschneidend verändert. Zu dieser Zeit lebten kaum 25.000 Juden in Deutschland – ohne diese Zuwanderung wäre die jüdische Gemeinschaft heute mehr oder weniger ausgestorben. Die Zuwanderung hat die Mitgliederzahlen in den jüdischen Gemeinden mehr als verdreifacht (rund 110.000 Personen um 2005 herum), neue Gemeinden wurden gegründet, alte Gemeinden „wiederbelebt“. Dieser Zustrom brachte Belastungen mit sich: Die Infrastruktur der existierenden Gemeinden war nicht auf die Integration so vieler neuer Mitglieder vorbereitet, die auch eine andere Sozialisation und gesellschaftliche Prägung mitbrachten, es entstanden Gräben zwischen den wenigen verbliebenen alteingesessenen Juden und den Neuankömmlingen – doch in erster Linie war diese Zuwanderung eine Bereicherung. Um es drastisch zu formulieren: Ohne diesen Einschnitt hätten wir heute kaum noch eine jüdische Gemeinschaft, die Existenz einer politischen und sozialen Vertretung, also Zentralrat und ZWST wäre mehr oder weniger überflüssig geworden.

Für die jüdische Wohlfahrtspflege bedeutete dieser Einschnitt eine tiefgreifende Veränderung des Aufgabenbereiches: Zur Hauptaufgabe wurde nun die Integration der Zuwanderer aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Anfang der 90er Jahre war die ZWST gefragt, den jüdischen Neuzuwanderern bei ihren ersten Schritten in eine fremde Gesellschaft zur Seite zu stehen, ihnen erste Orientierungen zu vermitteln und sie in die Gemeinden zu holen. Die ZWST führte zu dieser Zeit unter anderem Integrationsseminare durch, um die Neuzuwanderer über politische und soziale Grundlagen des deutschen Staates zu informieren und ihnen einen ersten Zugang zu ihrer jüdischen Identität zu vermitteln. Aufgrund der oben beschriebenen Unterdrückung jüdischen Lebens in der ehemaligen SU hatten die neuen Gemeindeglieder kaum einen Zugang zum Judentum, sie waren in der Mehrheit nicht religiös. Auch dies gehörte zu den integrativen Aufgaben der ZWST: die Vermittlung jüdischer Tradition, Religion und Kultur. Bis heute ist die Vermittlung eines lebendigen

---

Judentums Bestandteil aller Aktivitäten der ZWST, sei es ein festlicher Pessach-Seder im Kurhotel Eden-Park in Bad Kissingen, die gemeinsame Schabbatfeier während einer Ferienfreizeit für Jugendliche oder auch Seminare zur koscheren Küche oder Tanzseminare mit Choreografinnen aus Israel.

Auch gab es eine mobile Beratung und Betreuung durch Mitarbeiter der ZWST in den zentralen Auffangstellen und Flüchtlingsunterkünften direkt nach der Ankunft der Neuzuwanderer. Gleichzeitig war der Verband gefragt, den Gemeinden beim Neuaufbau unterstützend zur Seite zu stehen. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden und die jüdischen Gemeinden vor allem in den neuen Bundesländern zu stärken, hat die ZWST Anfang der 90er ihren Verwaltungsapparat vergrößert. Mit der Schaffung von Zweigstellen in Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, einem Beratungsangebot in Potsdam und Brandenburg sowie dem 2003 gegründeten Integrationszentrum "Kibuz" in Potsdam hatte die ZWST sich auf die jüdische Migration eingestellt. Bis heute setzt die ZWST vor Ort Sozialarbeiter ein, die unter anderem die Zuwanderer betreuen, mit den Behörden kooperieren und den Migranten beratend zur Seite stehen. Am Migrationsberatungsangebot des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg ist die ZWST mit 8 Migrationsberatern in verschiedenen Regionen in Deutschland beteiligt. Dies ist unter anderem wichtig in dezentralen Regionen, z.B. in Sachsen-Anhalt, wo manche Gemeindemitglieder keinen direkten Anschluss an ihre Gemeinde haben.

1993 wurde das Angebot für Senioren mit dem Kauf des Kurhotel Eden-Park in Bad Kissingen ausgeweitet. Heute führt die ZWST rund 23 vierzehntägige Seniorenenerholungen für rund 1.100 Teilnehmer jährlich durch. Hauptstandort aller Aktivitäten (Seminare, Projekte, Ferienfreizeiten) ist heute das oben schon erwähnte Max-Willner-Heim im rheinland-pfälzischen Bad Sobernheim, welches 2008 vergrößert und modernisiert wurde. Die Freizeit- und Bildungsstätte der ZWST im idyllischen Nahetal hat sich zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt. „We love Sobi“ ist ein geflügeltes Wort der jungen Generation, die sich hier im Rahmen der Ferienfreizeiten, Fortbildungen für zukünftige „Jugendarbeiter“ und Jugendzentrumsleiter und anderen Projekten trifft. Doch auch Sozialarbeiter der Gemeinden, die vielen ehrenamtlichen Unterstützer in den Gemeinden, ohne die das heutige Gemeindeleben nicht funktionieren könnte, kommen hier aus ganz Deutschland zusammen, um sich aus- und fortzubilden, Kontakt und Austausch zu pflegen und gemeinsam Schabbat zu feiern.

Da die ZWST als kleiner Verband kein regionales Netz von Einrichtungen in ganz Deutschland hat, sind die Mitarbeiter in ganz Deutschland unterwegs. Zum mobilen Angebot gehören regionale Seminare in den Gemeindezentren sowie Information und Beratung für unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen, z.B. Integrationscoaching, Infoveranstaltungen für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen, Seminare für Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes u.a. m.

Ich will Ihnen hier nicht detailliert unser Angebot auflisten (*Hinweis auf Aktivitäten im ausliegenden Jahresbericht*), sondern auf die heutige Situation in den jüdischen Gemeinden und die Befindlichkeiten unserer Zielgruppen näher eingehen und beispielhaft einige Projekte beschreiben:

Nach rund 25 Jahren Zuwanderung und Integration haben wir es heute mit einer sehr heterogenen Gemeindelandschaft zu tun: Es gibt viele kleine und mittelgroße Gemeinden und wenige große Gemeinden mit einer differenzierten Infrastruktur. Dazu kommt eine hohe Überalterung in den Gemeinden, mit der die junge Generation leider nicht Schritt hält.

Während die Vermittlung von elementaren Hilfen und Informationen sowie die Sicherung der Existenzgrundlage der Neuzuwanderer in den ersten Jahren im Vordergrund standen, haben sich die Schwerpunkte in der sozialen Arbeit verschoben.



Die Migration wirkt sich auf die Zuwanderer unterschiedlich aus. Der Verlust von vertrauten Menschen, Dingen und Orten sowie die Notwendigkeit, sich in eine fremde Alltagskultur einzuleben, sind belastende Faktoren, abhängig vom Alter, Geschlecht und der jeweiligen individuellen Situation. Für die Migranten im berufsfähigen Alter spielt die Tatsache eine zentrale Rolle, trotz hoher Qualifizierung in Deutschland oft arbeitslos und somit aus subjektiver Sicht nutz- und wertlos zu sein. Dies auch vor dem Hintergrund der Prägung in einem Gesellschaftssystem, in dem Arbeit und Leistung einen hohen ideologischen Wert hatten. Das Problem der Nichtanerkennung vieler Berufsabschlüsse gibt es bis heute, auch wenn sich die ZWST hier für eine Verbesserung und leichtere Überwindung der bürokratischen Hürden eingesetzt hat. Für die ältere Generation ist es wesentlich schwieriger, eine neue Sprache zu erlernen und sich in eine fremde Gesellschaft einzuleben. Zusammen mit gesundheitlichen Belastungen, die das Alter mit sich bringen kann, sind ältere Migranten daher verstärkt von Isolation und Einsamkeit bedroht.

Trotz des Zuwanderungsrückgangs in den letzten Jahren aufgrund der gesetzlichen Neuregelung im Jahr 2005 mit verschärften Zuwanderungsbedingungen hat daher die direkte soziale Beratung und Betreuung an Bedeutung gewonnen. Die allgemeine Lebenslage von Migranten ist aufgrund sozialer Einschnitte (z.B. Gesundheitssystem, Hartz IV) in den letzten Jahren komplizierter geworden. Die dadurch hervorgerufenen Unsicherheiten sowie die veränderte Rechtslage der Zuwanderung haben einen erhöhten Informations- und Orientierungsbedarf verursacht, dies auch bei den Gemeindegliedern, die schon eine längere Zeit in Deutschland leben. Die psychosozialen Schwierigkeiten in einer von den Herkunftsländern der Migranten sehr verschiedenen Gesellschaft haben sich verstärkt.

Vor diesem Hintergrund steigt der Bedarf nach verstärkter Professionalisierung der jüdischen Sozialarbeit und einer Intensivierung der Jugendarbeit. Eine zukunftsorientierte Nachwuchsförderung in den jüdischen Gemeinden gewinnt immer mehr an Bedeutung und eröffnet vor allem zugewanderten Gemeindegliedern und -mitarbeitern neue berufliche Perspektiven und Chancen. Entsprechend hat die ZWST ihr Aus- und Fortbildungsangebot ausgeweitet und spezifiziert. Ein Beispiel ist die seit einigen Jahren durchgeführte Seminarreihe „Psychosoziale Versorgung und Krisenintervention“. Vor dem Hintergrund der Überalterung bietet die ZWST zertifizierte Schulungen für Demenzbegleiter an. Einen erheblichen Fortschritt in den Professionalisierungsmöglichkeiten für zugewanderte, jüdische Sozialarbeiter hat die ZWST mit dem berufsbegleitenden Studiengang „Jüdische Sozialarbeit“ (B.A.) in Kooperation mit der FH Erfurt zu verzeichnen. Zurzeit ist eine zweite Gruppe dabei, das Studium mit dem „Bachelor of Arts Soziale Arbeit“ abzuschließen. Ein weiteres Angebot war ein akademisches Weiterbildungsprogramm in Kooperation mit der FH Erfurt und der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg, hier konnten Zertifikate als Sozialbetriebswirt, Gemeindegliedersozialarbeiter, Jugendzentrumsleiter, Fachkraft für Erziehung und Bildung erworben werden.

Aufgrund des Nachwuchsmangels stellt die engere Bindung und Integration der jungen Zuwanderergeneration eine große Herausforderung für die ZWST und die jüdische Gemeinschaft dar. Von einer starken und engagierten jungen Generation hängt die Zukunft der jüdischen Gemeinden ab. Daher ist es das Bestreben der ZWST, junge Menschen verstärkt für ein Engagement und auch zukünftige Mitarbeit in den Gemeinden zu motivieren. Im Rahmen von Fortbildungen, Ferienfreizeiten, Aktivitäten für die Altersgruppe der 18-35jährigen zielt die ZWST darauf ab, junge Menschen als Multiplikatoren aus- und weiterzubilden, die ihrerseits ein Angebot in den Gemeinden organisieren, z.B. die Jugendzentren stärken bzw. neu aufbauen. Der jährliche Jugendkongress in diesem Februar in Berlin hatte mit über 400 Besuchern einen Teilnehmerrekord zu verzeichnen. Das Interesse der jungen Generation am jüdischen Leben in Deutschland ist trotz des zunehmenden

---

Antisemitismus und entsprechenden Unsicherheiten vorhanden, hier sind wir in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden gefragt, innovative und motivierende Angebote zu organisieren, die diese Interessen und vorhandenes Engagement bündeln.

Eine wichtige Zielgruppe jüdischer Sozialarbeit sind die Überlebenden der Shoa. Sie werden im Alter häufig mit verdrängtem Leid aus der Vergangenheit konfrontiert und sind von Bitterkeit und tiefem Misstrauen ihrer Umwelt gegenüber geprägt. Daraus resultiert oft eine soziale und psychische Isolation, verstärkt durch die Einschränkung der Mobilität. Es sind Menschen, die von den sozialen Einrichtungen der jüdischen Gemeinden bisher leider nur teilweise erreicht werden konnten. Daher ist es ein zentrales Anliegen der ZWST, diese Zielgruppe in vielerlei Hinsicht zu unterstützen. In den letzten Jahren zeichnen sich immer stärker Schwerpunktverlagerungen und neue Anforderungen in der sozialen Arbeit mit Holocaustüberlebenden ab: Die Gruppe der Überlebenden aus der 1. Generation (geboren vor 1945, heute in der Mehrheit „Child Survivors“) wird immer kleiner. Die 2. Generation (Kinder der Überlebenden, geb. nach 1945) tritt mit eigenen Bedürfnissen und Problemen stärker in den Vordergrund. Hier wird der hohe Bedarf nach mehr Wissen und Erfahrung bezüglich des sensiblen und gleichzeitig professionellen Umgangs mit Angehörigen der 2. und auch 3. Generation immer deutlicher. Die in Deutschland lebenden Überlebenden sind mehrheitlich aus Ländern der ehemaligen SU zugewandert und haben einen spezifischen historischen Hintergrund. Sie haben oft mehrfache Verfolgungen erlitten, erhielten keine Wiedergutmachung und sind zusätzlich belastet durch Auswirkungen der Migration. Dazu kommt die Tatsache, dass es zu diesem Thema in der ehemaligen SU keine Auseinandersetzung und kein Gedenken gab. Eine genaue Definition der Hintergründe und Bedürfnisse gewinnt zunehmend an Bedeutung, um den Klienten ein angemessenes Angebot zur Verfügung stellen zu können und ihnen einen würdigen Lebensabend zu ermöglichen. Die ZWST fördert Treffpunkte für Überlebende in den Gemeinden, führt Seminare für Fachkräfte und Ehrenamtliche durch, die mit Überlebenden arbeiten, organisiert jährlich internationale Fachtagungen und bietet den Gemeinden Hilfe und Beratung bezüglich der Beantragung von Mitteln für bedürftige Holocaustüberlebende. Der von der ZWST 2002 gegründete Treffpunkt in Frankfurt dient als Modell für heute 14 Treffpunkte in verschiedenen Gemeinden in ganz Deutschland, weitere befinden sich im Aufbau.

Die Förderung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen ist ein wesentlicher Aufgabenbereich der ZWST. Diese Zielgruppe, in der Mehrheit zugewandert aus der ehemaligen Sowjetunion, war dort isoliert, hatte wenig Teilhabemöglichkeiten und lebt auch in der deutschen Gesellschaft sehr zurückgezogen. Die Familien sind oft von einer mehrfachen, sich gegenseitig bedingenden Isolation betroffen: Mangelnde Sprachkenntnisse bilden das erste Hindernis, sich über Angebote zu informieren, die ihnen und den behinderten Familienmitgliedern das Leben erleichtern könnten. Dazu kommt die Tatsache, dass den Betroffenen ein Versorgungsnetz wie in Deutschland (Werkstätten, Selbsthilfegruppen, vielfältige Ansprüche, die aber selbstständig geltend gemacht werden müssen u.a.) weitestgehend unbekannt ist. Die Angehörigen gehören meistens der älteren Generationen an, sind selber eingeschränkt und müssen viel Zeit und Kraft für Betreuung und Versorgung aufwenden.

Vor diesem Hintergrund ist die Arbeit des Behindertenprojektes der ZWST zu sehen, in dem es darum geht, eine Zielgruppe anzusprechen, die einerseits schwer erreichbar ist – andererseits aber einen hohen Informations- und Beratungsbedarf hat. In den letzten Jahren haben sich die Aufgaben verlagert: Zunächst lag der Schwerpunkt darauf, im Rahmen von zentralen Veranstaltungen und Aktivitäten, so viele Familien wie möglich anzusprechen und sie über Möglichkeiten und Angebote zu informieren. Mittlerweile richtet sich der Fokus zunehmend auf die Förderung von Selbsthilfeaktivitäten in den Gemeinden sowie die Unterstützung von niedrigschwelligen Angeboten und Projekten, um multiplikatorische Prozesse in Gang zu setzen. Die Unterstützung der Selbstorganisation und Förderung von Angehörigengruppen in Kooperation mit den jüdischen

---

Gemeinden ist ein Schwerpunkt des Projektes. Darüber hinaus leisten die beliebten Bildungsfreizeiten der ZWST einen wichtigen Beitrag zur Integration von Menschen mit Behinderung und ihren Familien. Die ZWST bietet ein mobiles Servicezentrum für die Beratung und Vernetzung der Hilfesuchenden. Zu den Aktivitäten gehören weiterhin die Einrichtung von betreuten Wohngruppen in jüdischen Zusammenhängen sowie 2 Kunstateliers für Menschen mit Behinderung in Frankfurt und Berlin. (*Flyer Omanut zur Auslage*) Die Arbeit dieses Projektes wäre nicht möglich ohne die Kooperation mit anderen Verbänden und Einrichtungen im Behindertensektor (z.B. der Internationale Bund) und die Förderung durch Aktion Mensch.

Um den zunehmenden antisemitischen Tendenzen mit dem Mittel der Aufklärung entgegenzutreten, führt die ZWST seit rund 10 Jahren Projekte durch, die von staatlichen Programmen gefördert werden. Das Projekt „Perspektivwechsel“ in Thüringen trägt zu einem didaktisch-methodischen „Perspektivwechsel“ in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen bei. Vorrangiges Ziel ist die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften und Multiplikatoren im Bereich der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit. Das Projekt beinhaltet in erster Linie Seminare, die jährliche Fachtagung, lokale Infoveranstaltungen und Symposien. Breitgefächerte Kooperationen mit Kommunen und Präventionsräten tragen zum Erfolg des Projektes bei.

Ich möchte meinen Vortrag nicht beenden, ohne auf zwei wichtige Bereiche hinzuweisen: die gewachsene Zusammenarbeit der ZWST mit internationalen Institutionen und Organisationen und die BAGFW. Gerade im Zusammenhang von Migration und Integration gehören die Pflege bestehender und der Aufbau neuer Kontakte zum europäischen und außereuropäischen Ausland in zunehmendem Maß zum Aufgabenspektrum der ZWST.

Ein Schwerpunkt ist der intensive Dialog und die Kooperation mit Israel. Umfassendes Wissen und eine enge Verbindung mit Israel hat vor allem für jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen SU, die oft kaum einen Bezug zum Judentum haben, eine erhebliche Bedeutung. Daher organisiert die ZWST Projekte, Bildungsangebote, Kongresse, Exkursionen sowie Studien- und Ferienreisen für unterschiedliche Ziel- und Altersgruppen in Kooperation mit sozialen Organisationen und Bildungseinrichtungen in Israel. Weiterhin organisiert die ZWST regelmäßig eine Reise der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) nach Israel, in deren Rahmen die Präsidenten der Wohlfahrtsverbände soziale Organisationen in Israel besuchen und wichtige Kontakte knüpfen.

Auch die internationale Zusammenarbeit mit jüdischen Seniorenzentren, Einrichtungen zur Integration von Menschen mit Behinderung sowie Betreuungseinrichtungen und Treffpunkten für Überlebende hat in den letzten Jahren ein zunehmendes Gewicht erhalten. Ein Beispiel ist die erfolgreiche Kooperation mit Organisationen in Israel, Schweiz, Frankreich, Polen sowie Ländern der ehemaligen SU bezüglich der sozialen Angebotsstruktur für Überlebende. Ein Forum für einen intensiven Kontakt und Austausch bietet die jährliche Fachkonferenz der ZWST zu diesem Thema. Ein anschauliches Beispiel ist die Zusammenarbeit mit dem jüdischen Verein „Hesed-Rakhamim“ in Weissrussland. Diese Zusammenarbeit dient dem Ziel, Treffpunkte in Minsk und anderen Städten in W-Russland mit sozial-psychologischer Beratung zu fördern. Von diesem Austausch wird auch das Verständnis für den Hintergrund der Gemeindemitarbeiter mit Migrationshintergrund in Deutschland gefördert. Sozialarbeit als eigener Berufszweig ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion erst im Laufe der Perestroika entstanden, vorher war das die Arbeit von Ärzten, Pädagogen, Psychologen. Die in Deutschland selbstverständlichen Selbsthilfestrukturen befinden sich dort erst im Aufbau.

Seit 2014 ist die ZWST als erster jüdischer Verband Mitglied im Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ mit 13 Verbänden, die im Falle großer Katastrophen ihre Kräfte bündeln, um schnelle Hilfe zu leisten. Diese Mitgliedschaft unterstützt uns als kleiner Wohlfahrtsverband, effektiver helfen zu können. Unmittelbar nach der Aufnahme in das Bündnis kam diese Mitgliedschaft während des kriegerischen Konfliktes in Israel im Sommer 2014 zum Tragen, hier konnte die ZWST im Grenzgebiet zum Gaza-Streifen psychosoziale Hilfe für Kinder und Jugendliche leisten.

Wie schon gesagt, ohne die jüdischen Zuwanderer aus der ehemaligen SU wäre eine Zukunft der jüdischen Gemeinden kaum vorstellbar. Daher kann ich nur betonen: Hut ab vor den langjährigen Mitarbeitern und ehrenamtlich Engagierten aus Moskau, St. Petersburg, Odessa, Kiew, Baku, Riga und vielen anderen Städten der ehemaligen SU, die bei der ZWST und in den jüdischen Gemeinden erheblich zum Neuaufbau beigetragen haben. Hut ab auch vor den wenigen Alteingesessenen in manchen jüdischen Gemeinden, die es trotz der Gräben, die es zu überwinden galt, geschafft haben, gemeinsam mit den Neuankömmlingen etwas Neues aufzubauen. Die ZWST wird ihre Aktivitäten in Zukunft weiterhin auf die Integration und Nachwuchsförderung, eine gefestigte jüdische Identität und den Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden richten - für eine starke und aktive jüdische Gemeinschaft in Deutschland.

Dieser Text ist ausschließlich zum privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen, schriftlichen Genehmigung der Urheberin/des Urhebers bzw. der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Alle Rechte bleiben bei der Autorin/dem Autor. Eine Stellungnahme der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist durch die Veröffentlichung dieser Präsentation nicht ausgesprochen. Für die Richtigkeit des Textinhaltes oder Fehler redaktioneller oder technischer Art kann keine Haftung übernommen werden. Weiterhin kann keinerlei Gewähr für den Inhalt, insbesondere für Vollständigkeit und Richtigkeit von Informationen übernommen werden, die über weiterführende Links von dieser Seite aus zugänglich sind. Die Verantwortlichkeit für derartige fremde Internet-Auftritte liegt ausschließlich beim jeweiligen Anbieter, der sie bereitstellt. Wir haben keinerlei Einfluss auf deren Gestaltung. Soweit diese aus Rechtsgründen bedenklich erscheinen, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart  
Im Schellenkönig 61  
70184 Stuttgart  
Telefon: +49 711 1640-600  
E-Mail: [dialog@akademie-rs.de](mailto:dialog@akademie-rs.de)